



September 2020

Kreistag

Der Runde Tisch hat wichtige Weichenstellungen getroffen, was Zielrichtung und Satzungsfragen betrifft. Auf Antrag der Grünen heißt er nunmehr "Runder Tisch für Toleranz, Demokratie und Menschenrechte (gegen Rechtsextremismus)", davor" Runder Tisch für Toleranz, Demokratie und Menschenrechte (gegen Rechts). Da diese Namensgebung etwas undifferenziert erschien, haben die FDP-Mitglieder im Vorfeld diesem Vorschlag Zustimmung signalisiert. Nachdem Rechtsextremismus das vorherrschende Extremismusproblem im Landkreis darstellt, konnte unsererseits keinem Vorschlag anderer Gruppierungen gefolgt werden. Daneben gab es einen informativen Vortrag des Dienststellenleiters der PI Starnberg über Hatespeech und die Bedrohungslage für Mandatsträger. Für die weitere Arbeit des Runden Tischs wird sich die FDP zunächst einen Überblick über die PMK (Politisch motivierte Kriminalität) im Landkreis verschaffen, da Daten darüber nicht vorliegen, um gezielt Maßnahmen einzuleiten. Wir danken der Polizei für ihre zugesagte Unterstützung.

Bedingt durch die steigenden Zahlen mit Corona-Infizierten, haben sich viele Gemeinden bereits zur Absage von Weihnachtsmärkten entschieden. Die FDP bedauert dieses sehr. Wir begrüßen die Durchführung dieser in unserer Region kulturell verankerten Tradition und setzen uns dafür ein, dass Christkindlesmärkte unter Einhaltung von Hygienekonzepten durchgeführt werden können.

Gauting

Die neueste Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse über Kinderbetreuungseinrichtungen in der Gemeinde Gauting zeigte wenig neue Erkenntnisse: Tatsächlich würde die Gemeinde Gauting derzeit über genügend Kindergarten- und Hortplätze verfügen, wenn die Betreiber diese personell auch besetzen könnten. Einzig bei den Krippen scheint eine strukturelle Unterdeckung vorzuliegen. Wiederholt stachen hierbei bestimmte Träger ins Auge, die die Kapazität der Einrichtungen aus personellen Gründen nicht ausschöpfen können und damit wertvolle vorhandene Kapazitäten blockieren. Aus Sicht der FDP-Fraktion sollte es kein Tabu sein, die Betreiberverträge jener Einrichtungen neu auszuschreiben, wenn vorhandene Kapazitäten über mehrere Jahre hinweg nicht ausgeschöpft werden können.

Mehrheitlich angenommen wurde in diesem Zusammenhang auch ein von der FDP-Fraktion mitinitiierter Gemeinschaftsantrag: Zusammen mit 3 weiteren Ratsfraktionen setzten wir ein Moratorium über die Planung einer 6-gruppigen Kinderbetreuungseinrichtung an der Wiesmahdstraße durch.





Bereits im alten Gemeinderat war über die Planung dieser XXL- Kinderbetreuungseinrichtung in Ortsrandlage kontrovers diskutiert worden. Wir sind der Ansicht, dass Lage und Erschließung des Kindergartens städtebaulich aus heutiger Sicht weder zeitgemäß noch wünschenswert sind.

Ebenso wird in unmittelbarer Nähe gerade eine Kinderbetreuungseinrichtung durch die Gemeinde erweitert, die zur Versorgung des Quartiers beiträgt. Wir halten es für zielführender, die mittelfristig fehlenden Bedarfe durch eine größere Einrichtung auf dem städtebaulich zu entwickelnden Gelände des ehemaligen AOA-Apparatebaus anzusiedeln oder beim neu zu bauenden evangelischen Kindergarten an der Ammerseestraße zu berücksichtigen. Mit diesen wegeoptimierten Standorten könnten wir einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsreduktion am Ort schaffen. Im Rahmen eines Vermittlungsverfahrens sollen Lage und Größe der neuen Einrichtung sowie mögliche Alternativstandorte nun noch einmal bis zum kommenden Februar geprüft werden.

Gilching

Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung mit einer Potentialermittlung zu Freiflächenphotovoltaikanlagen (Freiflächen-PV) im Außenbereich der Gemeinde Gilching entlang der Autobahn A 96 bzw. der Gilchinger Westumfahrung. Da Freiflächen-PV im Außenbereich keine Privilegierung gem. § 35 Abs. 1 BauGB genießen, sind sie ohne gemeindliche Bauleitplanung nicht zulässig. Der Gemeinderat stimmte dem Gesamtvorentwurf des sachlichen Teilflächennutzungsplanes "Freiflächenphotovoltaik" zu. Es wurde ein Planaufstellungs-, Billigungs- und Auslegungsbeschluss gefasst.

Der Gemeinderat fasste einen Aufstellungsbeschluss für ein neues Feuerwehrhaus in Geisenbrunn. Das Büro PMA Projektmanagement Aumann wurde mit der Durchführung eines europaweit auszuschreibenden VgV-Verfahrens zur Auswahl eines Architekturbüros für die Objektplanung beauftragt. Beauftragt werden gemäß § 34 HOAI derzeit nur die Leistungsphasen 1 und 2. Nach Abschluss der Leistungsphase 2 sind vor einer Weiterbeauftragung der weiteren Leistungsphasen die Bauleitplanverfahren (Aufstellung Bebauungsplan und parallel Änderung des Flächennutzungsplanes) für den Standort in Geisenbrunn durchzuführen.

Mehrheitlich hat der Gemeinderat beschlossen, Jugendhaus und Jugendtreff zusammen zu legen und alles in einen Jugendtreff in der Ortsmitte zu integrieren. Damit stehen die Räumlichkeiten des Jugendhauses leer. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Nachfolgenutzung für die Räumlichkeiten des Jugendhauses an der Weßlinger Straße zu finden. Geprüft werden soll dabei





der Bau einer Kinderbetreuungseinrichtung (Kinderkrippe, Kindergarten, Hort). Es wurde zudem beschlossen, dieses dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales, Jugend, Senioren und Sport vorzustellen.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, für die Planungen der dringend benötigten Kinderkrippe ein VgV-Verfahren zur Auswahl eines Architekturbüros auszuschreiben. Parallel ist das notwendige Planungsrecht zu schaffen, sofern noch nicht gegeben. Sobald das Planungsrecht für das Grundstück vorhanden ist, schlägt die Verwaltung den Abbruch des Jugendhauses vor.

Herrsching

Nach der Sommerpause kann der Gemeinderat nun endlich den Regelbetrieb aufnehmen und zu monatlichen Sitzungen zurückkehren. Auf Antrag der FDP wurden in der letzten Sitzung die Möglichkeiten für eine Bürgerversammlung unter Coronabedingungen erörtert. Die Gemeinde wird versuchen einen "Hybrid"modus anzubieten, d.h. für alle Ortsteile einen großen Veranstaltungssaal (evtl. auch auf gemeindefremden Gebiet) organisieren und parallel ein Live-Streaming im Internet anbieten. Testweise haben wir das Live-Streaming unter der Zustimmung aller Gemeinderäte schon in der letzten Gemeinderatssitzung testen können. So ist aus einem unserer Wahlkampfthemen, das vor Corona noch kontrovers diskutiert wurde, eine zukunftsfähige neue Form der Bürgerbeteiligung geworden, vorausgesetzt die Technik spielt mit und wird angenommen.

Inning

Zu den wichtigsten Ergebnissen aus den zwei September-Sitzungen des Gemeinderats gehörte der Beschluss zur Weiterentwicklung eines städtebaulichen Rahmenplans für die Ortsmitte. Der Rahmenplan, erstellt von den Landschaftsarchitekten und Städteplanern Monika Treiber und Prof. Florian Burgstaller, sieht in einem ersten Schritt vor, den Lauf des Inninger Bachs zwischen der Walchstadter Straße und der Pfarrgasse zu verschönern und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Insbesondere soll parallel zum Bach ein Fußweg entstehen. Für einen späteren, zweiten Schritt wurden Ideen zur Ortsentwicklung nach Norden und Süden sondiert. Im Rahmen der staatlichen Förderung gemäß der Breitbandrichtlinie entschied sich der Gemeinderat für das Angebot der Firma Telekom Deutschland zum technischen Breitbandausbau in den Erschließungsgebieten Inning West, Gut Arzla, Bacherner Weg, Enzenhofer Weg und Gewerbegebiet. Bei diesem Ausbau handelt es sich jedoch nicht um einen Glasfaser-/FTTH-Ausbau wie z. B. aus der aktuell laufenden Nachfragebündelung der Firma Deutsche Glasfaser. In Anbetracht der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise wurden die aktuellen IST-





September 2020

Zahlen der Gewerbesteuer- und Einkommensteuereinnahmen mit den Ansätzen in der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan verglichen. Dabei wurde festgestellt, dass Annahmen der Kämmerin vom Juni 2020 sich als zutreffend erweisen und die Liquidität der Gemeinde zunächst sichergestellt ist.

Auf Antrag der Kita "FortSchritt Kinderhaus Buch" wurden die Benutzungsgebühren teilweise um über 8% erhöht, so dann auch für die Gemeinde Kita "Die Ammersee-Piraten". Die Erhöhungen waren nicht vorab mit den Elternvertretern abgestimmt. Auch angesichts der von Kurzarbeit oder anderen Auswirkungen der Corona-Krise betroffenen Familien setzten sich die Freien Demokraten gegen eine Erhöhung zu diesem Zeitpunkt ein. Bemängelt wurde zudem das Fehlen einer Transparenz über die Notwendigkeit oder Nutzung der Mehreinnahmen, wie z.B. mögliche Qualitäts- oder Kostensteigerungen. Daher war es uns wichtig, hier einen Kontrapunkt zu setzen und stimmten gegen die Erhöhung.

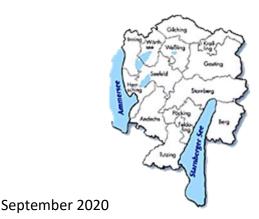
Krailling

Mit der neuen Technologie "DSK Dünne Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise" werden in Krailling künftig Straßen und Wege ertüchtigt, deren Unterbau noch gut ist und für die keine neue Straßenentwässerung benötigt wird. Durch das Auftragen nach vorheriger Reinigung ist eine Straße von über 100m Länge innerhalb eines Tages bearbeitet und eine halbe Stunde nach Fertigstellung bereits wieder normal befahrbar. Mit dieser Technologie werden in Krailling noch in diesem Herbst der nördliche Teil der Margaretenstraße bis zur Ortsgrenze Planegg sowie der Paula-Anders-Weg am Caritas Altenheim ertüchtigt. 2021 plant Bürgermeister Rudolph Haux noch zahlreiche Ertüchtigungen von Straßen, deren klassische Sanierung auch in der nächsten Zukunft für die Gemeinde unbezahlbar wäre. So kann Krailling recht kurzfristig einen großen Teil der Ortsstraßen wiederinstandsetzen. Die Kosten betragen nur einen Bruchteil der klassischen Straßensanierung und die Technologie ermöglicht verlängerte Standzeiten von ca. 10 Jahren.

<u>Seefeld</u>

Der Gemeinderat traf sich zu einer halbtägigen Klausurtagung, um den Ortsplanungsprozess nach der Unterbrechung durch die Zeit der Kommunalwahl wieder in Schwung zu bringen. Es wird noch eine Sondersitzung folgen, da die Zeit nicht ganz ausreichend war. Das neue Beccult in Pöcking hat sich in Corona-Zeiten für eine derartige Veranstaltung durchaus bewährt. Nach der Aktualisierung der Besetzung des Lenkungsausschusses wird dann die Planungsphase des Projekts in Angriff genommen.





In der ordentlichen Sitzung des Gemeinderats gab es einige Diskussionen über einen geplanten Funkmasten an der S-Bahnstrecke bei Meiling, wofür die Gemeinde einen Mietvertrag für ein Grundstück abschließen soll. Die Stelle ist weit von den nächsten Wohnhäusern entfernt, die Anlage schließt ein langes Funkloch entlang der Bahnlinie und ist aus unserer Sicht recht unproblematisch.

Seit Jahren ein leidiges Thema ist nach wie vor der sogenannte Eisenpark gegenüber dem Alten Rathaus: einerseits gibt es Klagen über lärmende und trinkende, ihren Müll hinterlassende Jugendliche, andererseits "wehrt" sich ein nicht identifizierter Anlieger, indem er die Anlage durch Verschmutzung mit Altöl, Fäkalien und ähnlichen unappetitlichen Substanzen unbenutzbar zu machen versucht. Die Gemeinde hat nun ein Betretungsverbot des Parks ab 18:30 Uhr ausgesprochen und wird neue Anstrengungen unternehmen, den kriminellen Verschmutzer zu identifizieren und anzuzeigen.

Starnberg

Zum Ende September nahm die politische Arbeit in Starnberg wieder Fahrt auf. Der Haupt- und Finanzausschuss hat auf Antrag der FDP einem Kulinarisches Wochenende im Bucentaur-Park im Zusammenspiel mit der Pfälzer Weinwoche zugestimmt. Sowohl schaffen wir für die Starnberger Gastronomen eine Gelegenheit sich zu präsentieren und für sich zu werben als auch beleben wir damit ein seit 2017 nicht mehr stattfindendes Fest für die Menschen im gesamten Landkreis. Soweit die Corona Pandemie es zulässt, soll das Fest Anfang Juli 2021 stattfinden.

Die Digitalisierung der Starnberger Grundschulen und des Gymnasiums kommen deutlich voran, insbesondere das Gymnasium und die Grundschule Percha gehen bespielhaft vorneweg. Jetzt müssen die weiteren Grundschulen nachziehen, die Gelder dafür sind vorhanden. Die juristische und politische Aufarbeitung um die Beauftragung des RA Leisner durch die ehemalige Bürgermeisterin Eva Pfister geht in die nächste Runde. Der vom Oberlandesgericht München vorgeschlagene Vergleich in Höhe von € 155.000,- wurde durch den Stadtrat mit großer Mehrheit angenommen. Ein besseres Ergebnis ist wohl nicht möglich gewesen. Auf der anderen Seite ist damit die Möglichkeit gegeben, den entstandenen Schaden bei Frau Eva

des laufenden Disziplinarverfahrens thematisiert werden. Die Video-Übertragung der öffentlichen Stadtratssitzungen muss leider noch weiter auf sich warten lassen. Die Haushaltslage lässt uns keinen Spielraum, um 2020 die notwendigen Anschaffungen zu tätigen. Wir werden uns bei den kommenden Haushaltsgesprächen dafür

Pfister geltend zu machen. Die Ansprüche der Stadt Starnberg werden sicher auch im Rahmen





einsetzen, dass 2021 die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Die direkte Übertragung ist nicht nur wichtig für die Transparenz, sondern es macht Politik wieder erleb- und nahbar. In einer Zeit mit Polemik und politischen Fake News ist Offenheit unser bester Weg dem entgegenzutreten.

Tutzing

Erster und schon seit Jahren einer der zentralen und drängendsten Punkte war das Seehofareal. Dort musste die jetzt seit zwei Jahren bestehende Veränderungssperre um ein Jahr verlängert werden. Unisono wird über alle Fraktionen hinweg die weitere Nutzung des Areals für ein Hotel favorisiert. Dies soll zudem auf dem Gelände so im Bebauungsplan festgelegt werden, dass vor allem eine Sichtachse bereits von der Hauptstraße in Richtung See erhalten bleibt. Ebenfalls ist allen Räten ein möglichst großer öffentlicher Raum für alle Tutzinger wichtig, der bei der Konzipierung nicht zu kurz kommen soll. Die FDP steht hier klar gegen die Nutzung für privaten Wohnraum.

Erfreulich ist die Erweiterung der lokalen Buslinie 978 des MVV. Hier werden weitere Ortsteile Tutzings und auch Feldafings potenziell mit dem MVV erschlossen. Einstimmig wurden die hierfür nötigen jährlichen Mehrkosten gebilligt.

Als überregional wurde das Konzept eines Friedwalds in Teilen der zum Gut Ilkahöhe gehörenden Wälder vorgestellt. Für ein recht großes Einzugsgebiet, beginnend südlich von München über unseren gesamten Landkreis bis in die südlichen Landkreise reichend, soll hier die Möglichkeit entstehen, sich zu Lebzeiten einen Baum auszusuchen, unter dem man dann in einer biologisch abbaubaren Urne begraben werden kann. Dies soll für die Gemeinde kostenneutral sein, dem Gutsbesitzer eine alternative Wertschöpfung des Waldes neben der konventionellen Holzwirtschaft bieten, die Grabpflege für die Angehörigen erleichtern bzw. überflüssig machen und global der Natur bzw. der Umwelt in der CO₂-Bilanz zugutekommen. Ein Beginn erscheint in etwa 3 Jahren möglich.

Der Arbeiter-Samariter-Bund hat zusammen mit dem Biberkor ein Projekt zur Inklusion im Beringerheim vorgestellt. Beginnen soll dies mit einem "Wald-Kinderhort". Im Weiteren soll auch noch eine Tagespflege, vielleicht sogar eine Kurzzeitpflege, entstehen.

Abschließend hat sich der Tutzinger Gemeinderat einstimmig solidarisch mit dem Bündnis "Städte sicherer Häfen" gezeigt. Vorgestellt und um Solidarität geworben hatte der Ökumenische Unterstützerkreis Tutzing. Auch wenn es Einstimmigkeit für die Solidaritätsbekundungen gab, war durchaus ein Diskurs bezüglich potenziell möglicher und auch gerade nicht möglicher





praktischer Unterstützung gegeben. Die FDP sieht hier nicht die Gemeinden, sondern die Bundespolitik in der Pflicht, die Flüchtlingsproblematik gerade auch bereits vor Ort der Entstehung zu lösen.

v.i.S.d.P. Britta Hundesrügge, Kreisvorsitzende, Unterbrunnerstraße 33a, 82131 Gauting